

Matthias Alber

# Gemeinnützigkeit im Ertragsteuerrecht

Kommentar zu § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG  
und zu Umstrukturierungen bei  
steuerbegünstigten Körperschaften

SCHÄFFER  
POESCHEL

SCHÄFFER  

---

POESCHEL



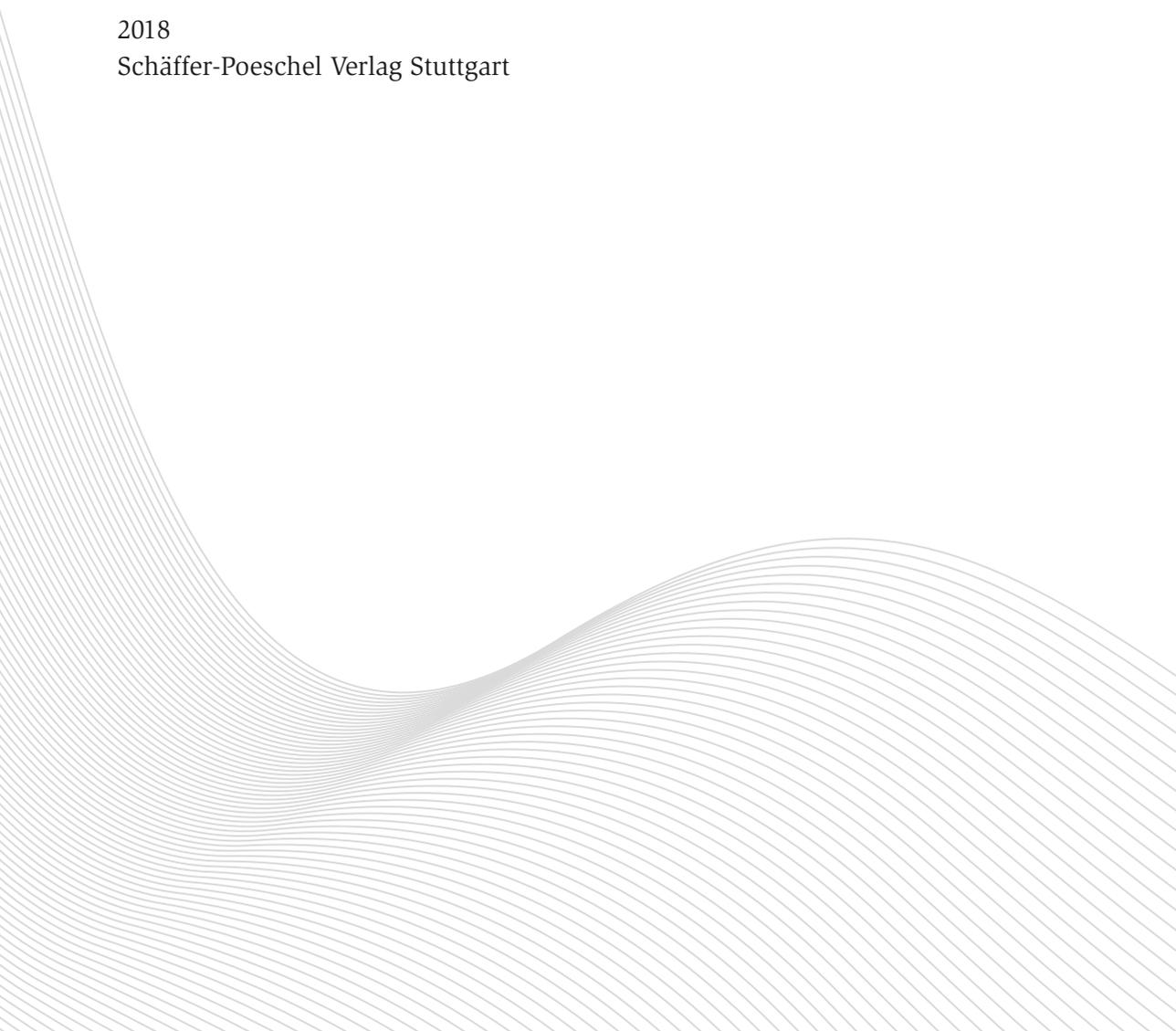
Matthias Alber

# **Gemeinnützigkeit im Ertragsteuerrecht**

Kommentar zu § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG und zu  
Umstrukturierungen bei steuerbefreiten Körperschaften

2018

Schäffer-Poeschel Verlag Stuttgart

A decorative graphic at the bottom of the page consisting of numerous thin, parallel, wavy lines that create a sense of movement and depth, resembling a stylized wave or a topographical map.

**Querverweise auf Kommentierungen, die nicht Inhalt dieses Buches sind,** beziehen sich auf den Loseblattkommentar Dötsch/Pung/Möhlenbrock, »Die Körperschaftsteuer«.

Neu bearbeitete, aktualisierte Sonderausgabe aus Dötsch/Pung/Möhlenbrock, »Die Körperschaftsteuer«



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische  
Daten sind im Internet über < <http://dnb.d-nb.de> > abrufbar.

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem,  
säurefreiem und alterungsbeständigem Papier

**Print:** ISBN 978-3-7910-4170-4      Bestell-Nr. 13007-0001  
**ePDF:** ISBN 978-3-7910-4172-8      Bestell-Nr. 13007-0150

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

© 2018 Schäffer-Poeschel Verlag für Wirtschaft · Steuern · Recht GmbH  
[www.schaeffer-poeschel.de](http://www.schaeffer-poeschel.de)  
[service@schaeffer-poeschel.de](mailto:service@schaeffer-poeschel.de)

preXtension, Grafrath  
Printed in Germany

Juni 2018

Schäffer-Poeschel Verlag Stuttgart  
Ein Unternehmen der Haufe Group

## Vorwort

In dieser neuen Kommentarausgabe werden die gemeinnützigkeitsrechtlichen und ertragsteuerlichen Aspekte von Non-Profit-Organisationen (Vereine, Verbände, Stiftungen, gemeinnützige GmbH's und Betriebe gewerblicher Art) praxisorientiert beleuchtet, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf Fragen der Vereinsbesteuerung liegt.

Dadurch werden sowohl die Verantwortungsträger gemeinnütziger Körperschaften als auch deren steuerliche Berater auf den neuesten Stand gebracht, um mit praktischen Fragen zum Gemeinnützigkeitsrecht sicher und souverän umgehen zu können. Gemeinnützigkeitsrechtliche »Steuerfallen« und »Fallstricke« können hierdurch erkannt und vermieden werden. Bei der Darstellung der gemeinnützigkeitsrechtlich relevanten Rechtsgebiete wird die einschlägige Rechtsprechung der Zivilgerichte, des Bundesfinanzhofs sowie des Europäischen Gerichtshofs ebenso berücksichtigt wie die aktuelle Auffassung der Finanzverwaltung.

Beispielhaft hierfür seien im Bereich des Gemeinnützigkeitsrechts genannt: die Besteuerung der wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe (§ 64 AO), die Verlustausgleichsproblematik im wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb, die Auslagerung wirtschaftlicher Aktivitäten (Outsourcing), Probleme der Mittelverwendung und Rücklagenbildung (§ 55 AO) sowie Besonderheiten bei Zweckbetrieben nach den §§ 65 bis 68 AO.

Folgende Themen werden im Besonderen angesprochen:

1. Voraussetzungen für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit unter Berücksichtigung der aktuellen BFH-Rechtsprechung
  - Vermeidung von Satzungsmängeln
  - Feststellung der satzungsmäßigen Voraussetzungen nach § 60a AO;
2. Mittelverwendung, Mittelverwendungsrechnung und Möglichkeiten der Rücklagenbildung (§ 62 AO); aktuelle Rechtsprechung und Verwaltungsmeinung zu §§ 55 und 62 AO;
3. Besteuerung wirtschaftlicher Geschäftsbetriebe nach § 64 AO, praxisrelevante Fragen und Gestaltungsmöglichkeiten zur Vermeidung der partiellen Steuerpflicht;
4. Steuerliche Beurteilung der Zweckbetriebe nach §§ 65 bis 68 AO; Möglichkeiten und Besonderheiten bei Sportvereinen (§ 67a AO);
5. Leistungsbeziehungen gemeinnütziger Körperschaften zur öffentlichen Hand; Praxisfolgen aus dem »Rettungsdienst-Urteil«, BFH vom 27.11.2013 (BStBl II 2016, 68);
6. Brennpunkt Spendenabzug nach § 10b EStG und Sponsoring: was muss der steuerliche Berater beachten;
7. Vermeidung von »Fallstricken« bei Organvergütungen gemeinnütziger Körperschaften (z. B. nach §§ 3 Nr. 26 und 26a EStG); BMF-Schreiben vom 21.11.2014 (BStBl I 2014, 1581);
8. Aktuelle und praxisrelevante Hinweise zur Vermögensübertragung auf gemeinnützige Stiftungen; Möglichkeiten und Steuerfallen;

9. Umstrukturierung von Non Profit Organisationen nach dem UmwStG unter Beachtung gemeinnützigkeitsrechtlicher Vorgaben;
10. Gemeinnützigkeit von Betrieben gewerblicher Art von juristischen Personen des öffentlichen Rechts i. S. d. § 4 KStG.

Der Verfasser verbindet mit der Herausgabe dieses Kommentars die Hoffnung und den Wunsch, dass dieser sich den Non-Profit-Organisationen und ihren steuerlichen Beratern als wertvoller Ratgeber bei der Bewältigung auftretender gemeinnützigkeits- und ertragsteuerlicher Probleme erweisen möge.

Stuttgart, im Juni 2018

Matthias Alber

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 1. Auflage ..... V  
 Abkürzungsverzeichnis ..... XV

## Teil I: Körperschaftsteuerbefreiung von gemeinnützigen Körperschaften

**1. Allgemeines** ..... 2  
 1.1 Inhalt des § 5 Abs 1 Nr 9 KStG ..... 2  
 1.2 Steuerbegünstigte Körperschaften iSd § 5 Abs 1 Nr 9 KStG (§ 51 Abs 1 AO) ... 4  
 1.3 Verwirklichung steuerbegünstigter Zwecke im Ausland (§ 51 Abs 2 AO) .... 8  
 1.3.1 Inhalt des § 51 Abs 2 AO ..... 9  
 1.3.2 Gründe für die Ergänzung des § 51 AO um Abs 2 ..... 9  
 1.3.3 Abzugsfähigkeit von Auslandsspenden ..... 11  
 1.4 Schädlichkeit von Bestrebungen iSd § 4 BVerfSchG (§ 51 Abs 3 AO) ..... 13  
 1.4.1 Inhalt des § 51 Abs 3 AO ..... 13  
 1.4.2 Gründe für die Ergänzung des § 51 AO um Abs 3 ..... 13  
**2. Gemeinnützige Zwecke (§ 52 AO)** ..... 16  
 2.1 Förderung der Allgemeinheit (§ 52 Abs 1 AO) ..... 16  
 2.1.1 Grundsatz ..... 16  
 2.1.2 Nutzen zum allgemeinen Besten ..... 16  
 2.1.3 Widerstreitende Zielsetzungen ..... 18  
 2.1.4 Richten an die Allgemeinheit ..... 18  
 2.1.5 Erschwerte Mitgliedschaft als schädliches Kriterium? ..... 21  
 2.1.6 Finanzielle Zugänglichkeit für die Allgemeinheit ..... 21  
 2.1.7 Rangfolge des § 52 Abs 1 AO und des § 51 Abs 2 AO bei Auslandssachverhalten ..... 23  
 2.1.8 Verhältnis des § 52 Abs 1 AO zu § 52 Abs 2 AO ..... 24  
 2.2 Katalog der gemeinnützigen Zwecke in § 52 Abs 2 AO ..... 24  
 2.2.1 Abgeschlossener Katalog der gemeinnützigen Zwecke (§ 52 Abs 2 S 1 Nr 1–25 AO) ..... 24  
 2.2.2 Ergänzung des § 52 Abs 2 AO um S 2 und 3 ..... 25  
 2.2.3 ABC der gemeinnützigen Zwecke ..... 26  
 2.3 Spendenrechtliche Auswirkungen ..... 67  
 2.3.1 Überblick: Spendenabzug nach § 10b EStG / § 9 Abs 1 Nr 2 KStG / § 9 Nr 5 GewStG ..... 67  
 2.3.2 Zweckgerechte Verwendung der Spenden erforderlich ..... 67  
 2.3.3 Abzug von Mitgliedsbeiträgen nach § 10b EStG ..... 68  
 2.3.4 Vereinfachter Zuwendungsnachweis nach § 50 EStDV ..... 69  
 2.3.5 Verbindliche Muster für Zuwendungsbestätigungen ..... 70  
 2.3.6 Steuerliche Anerkennung von Aufwandsspenden ..... 75  
 2.3.7 Abzugsfähigkeit von Auslandsspenden ..... 78  
 2.3.8 Spendenabzug bei der Übertragung von Vermögen auf gemeinnützige Stiftungen ..... 80  
 2.3.8.1 Höchstbetrag des Spendenabzugs ..... 80  
 2.3.8.2 Umwandlung einer Stiftung in eine Verbrauchsstiftung ..... 81  
 2.3.8.3 Rechtsfolgen bei der Übertragung von Vermögen auf eine gemeinnützige Stiftung ..... 82

2.3.9	Zuwendungen an eine rechtsfähige Stiftung vor deren Entstehung	84
2.3.10	Vertrauensschutz und Haftung beim Spendenabzug nach § 10b Abs 4 EStG bzw § 9 Abs 3 KStG	84
<b>3.</b>	<b>Mildtätige Zwecke (§ 53 AO)</b>	<b>85</b>
<b>4.</b>	<b>Kirchliche Zwecke (§ 54 AO)</b>	<b>87</b>
<b>5.</b>	<b>Gemeinsame Voraussetzungen für die Steuerbefreiung (§§ 55–63 AO)</b>	<b>89</b>
5.1	Selbstlosigkeit (§ 55 AO)	91
5.1.1	Kriterien der Selbstlosigkeit	91
5.1.2	Kein überwiegendes Verfolgen eigenwirtschaftlicher Zwecke (§ 55 Abs 1 S 1, 1. HSAO)	92
5.1.3	Mittelverwendung nur für satzungsmäßige Zwecke § 55 Abs 1 Nr 1 S 1 AO	93
5.1.3.1	Grundsätze	93
5.1.3.2	Leistungsbeziehungen gemeinnütziger Kö zur öff Hand sowie im gemeinnüt- zigen Verbund	95
5.1.3.3	Mit Ansprüchen belastetes Vermögen	97
5.1.3.4	Aufwendungen für Mitglieder- und Spendenwerbung	98
5.1.3.5	Ausgleich von Verlusten eines wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs	100
5.1.4	Verbot von Zuwendungen an Mitglieder (§ 55 Abs 1 Nr 1 S 2 AO)	105
5.1.5	Unzulässige Unterstützung oder Förderung politischer Parteien (§ 55 Abs 1 Nr 1 S 3 AO)	109
5.1.6	Behandlung der Mitglieder bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung bzw Aufhebung der Körperschaft (§ 55 Abs 1 Nr 2 AO)	109
5.1.7	Unzulässigkeit zweckfremder Ausgaben und unverhältnismäßig hoher Ver- gütungen (§ 55 Abs 1 Nr 3 AO)	110
5.1.8	Grundsatz der Vermögensbindung (§ 55 Abs 1 Nr 4 AO)	115
5.1.9	Grundsatz der zeitnahen Mittelverwendung (§ 55 Abs 1 Nr 5 AO)	117
5.1.10	Gemeiner Wert der Sacheinlagen (§ 55 Abs 2 AO)	121
5.1.11	Anwendung des § 55 AO bei Stiftungen und Betrieben gewerblicher Art (§ 55 Abs 3 AO)	121
5.2	Ausschließlichkeit (§ 56 AO)	122
5.2.1	Begriff der Ausschließlichkeit	122
5.2.2	Geltung des Ausschließlichkeitsgrundsatzes nur im ideellen Bereich	123
5.3	Unmittelbarkeit (§ 57 AO)	123
5.3.1	Begriff der Unmittelbarkeit (§ 57 Abs 1 S 1 AO)	123
5.3.2	Hilfspersonen (§ 57 Abs 1 S 2 AO)	127
5.3.3	Dachverbände (§ 57 Abs 2 AO)	128
5.4	Vermögensverwaltung und sonstige steuerlich unschädliche Betätigungen (§ 58 AO)	128
5.4.1	Vermögensverwaltung	128
5.4.2	Inhalt des § 58 AO	131
5.4.3	Spendensammelvereine, Fördergesellschaften (§ 58 Nr 1 AO)	132
5.4.4	Teilweise Mittelzuwendung an andere Körperschaften (§ 58 Nr 2 AO)	136
5.4.5	Aufhebung des sog Endowment-Verbots (§ 58 Nr 3 AO)	137
5.4.6	Personalüberlassung für steuerbegünstigte Zwecke (§ 58 Nr 4 AO)	139
5.4.7	Raumüberlassung an steuerbegünstigte Körperschaften (§ 58 Nr 5 AO)	140
5.4.8	Unterhaltsleistungen durch Stiftungen (§ 58 Nr 6 AO)	142
5.4.9	Rücklagenbildung zur nachhaltigen Erfüllung der satzungsmäßigen Zwecke (§ 62 Abs 1 Nr 1 AO)	144
5.4.9.1	Übersicht: Zulässige Rücklagenbildung	144
5.4.9.2	Zweckerfüllungs- bzw Projektrücklage	145

5.4.10	Wiederbeschaffungsrücklage nach § 62 Abs 1 Nr 2 AO	146
5.4.11	Freie Rücklagen (§ 62 Abs 1 Nr 3 AO) und Rücklage zum Erwerb von Gesellschaftsrechten zur Erhaltung der Beteiligungsquote (§ 58 Nr 10 und § 62 Abs 1 Nr 4 AO)	147
5.4.11.1	Freie Rücklagen (§ 62 Abs 1 Nr 3 AO)	147
5.4.11.2	Mittelverwendung bzw Rücklage zum Erwerb von Gesellschaftsrechten zur Erhaltung der Beteiligungsquote (§ 58 Nr 10 AO und § 62 Abs 1 Nr 4 AO)	151
5.4.12	Die Mittelverwendungsrechnung	152
5.4.13	Generell zulässige Mittelzuführungen zum Vermögen (§ 62 Abs 3 AO)	154
5.4.14	Zusätzlich zulässige Zuführungen zum Vermögen für Stiftungen in der Gründungsphase (§ 62 Abs 4 AO)	155
5.4.15	Gesellige Zusammenkünfte von untergeordneter Bedeutung (§ 58 Nr 7 AO)	155
5.4.16	Förderung auch des bezahlten Sports durch Sportvereine (§ 58 Nr 8 AO)	156
5.4.17	Zuschüsse an Wirtschaftsunternehmen durch von Gebietskörperschaften errichtete Stiftungen (§ 58 Nr 9 AO)	157
5.5	Anforderungen an Satzung und tatsächliche Geschäftsführung, Vermögensbindung (§§ 59–63 AO)	158
5.5.1	Voraussetzung der Steuervergünstigung (§ 59 AO)	158
5.5.2	Bestimmtheit der Satzungszwecke und der Art ihrer Verwirklichung (§ 60 Abs 1 AO)	161
5.5.3	Zeitliche Voraussetzungen (§ 60 Abs 2 AO)	166
5.5.4	Gesonderte Feststellung der satzungsmäßigen Gemeinnützigkeit (§ 60a AO)	166
5.5.4.1	Materiell-rechtliche Bindungswirkung des Feststellungsbescheids (§ 60a Abs 1 AO)	167
5.5.4.2	Erteilung des Freistellungsbescheids (§ 60a Abs 2 AO)	168
5.5.4.3	Wegfall der Bindungswirkung, Aufhebung bzw Berichtigung des Feststellungsbescheids (§ 60a Abs 3–5 AO)	168
5.5.5	Satzungsmäßige Vermögensbindung (§ 61 Abs 1 und 2 AO)	170
5.5.5.1	Ausreichende Vermögensbindung (§ 61 Abs 1 und 2 AO)	170
5.5.5.2	Wegfall des § 61 Abs 2 AO ab 2007	170
5.5.6	Nachträgliche Änderung der Vermögensbindung (§ 61 Abs 3 AO)	171
5.5.7	Anforderungen an die tatsächliche Geschäftsführung (§ 63 Abs 1 AO)	173
5.5.8	Zeitliche Voraussetzungen (§ 63 Abs 2, 1. HS AO)	176
5.5.9	Verletzung der Vermögensbindung in der tatsächlichen Geschäftsführung (§ 63 Abs 2, 2. HS AO)	176
5.5.9.1	Vermögensübertragung bei Vereinen	177
5.5.9.2	Vermögensübertragung bei Stiftungen	177
5.5.9.3	Vermögensübertragung bei Betrieben gewerblicher Art von juristischen Personen des öffentlichen Rechts	177
5.5.10	Nachweispflichten (§ 63 Abs 3 AO)	178
5.5.11	Fristsetzung zur Verausgabung von unzulässig angesammelten Mitteln (§ 63 Abs 4 AO)	180
<b>6.</b>	<b>Umfang der Steuerbefreiung (wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb, Zweckbetrieb, §§ 64–68 AO)</b>	<b>181</b>
6.1	Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb, Allgemeines (§ 64 Abs 1 AO)	181
6.1.1	Inhalt des § 64 Abs 1 AO	182
6.1.2	Problematik der Zulässigkeit des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs	182
6.1.3	Zulässiges Ausmaß des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs	183
6.1.4	Begriff des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs (§§ 14, 64 Abs 1 AO)	184

6.1.5	ABC der wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe .....	185
6.1.6	Einkommensermittlung des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs .....	203
6.1.7	Keine Kapitalertragsteuer aufgrund des § 20 Abs 1 Nr 10 Buchst b EStG .....	205
6.1.8	Freistellung von der Kapitalertragsteuer (Abgeltungsteuer) .....	205
6.1.8.1	Abstandnahme von der Kapitalertragsteuer für Erträge aus Vermögensverwendung .....	205
6.1.8.2	Erstattung der Kapitalertragsteuer .....	206
6.1.8.3	Erstattung der Kapitalertragsteuer in besonderen Fällen .....	206
6.1.8.4	Abstandnahme vom Kapitalertragsteuerabzug bei rechtlich unselbständigen Stiftungen .....	207
6.1.9	E-Bilanz bei gemeinnützigen Körperschaften .....	207
6.1.9.1	BMF-Schreiben v 19.12.2013 .....	207
6.1.9.2	BMF-Schreiben v 13.06.2014 – Veröffentlichung der Taxonomie 5.3 .....	207
6.2	Sonderregelungen des § 64 Abs 2 bis 6 AO .....	210
6.2.1	Mehrere wirtschaftliche Geschäftsbetriebe (§ 64 Abs 2 AO) .....	210
6.2.2	Besteuerungsfreigrenze von 35 000 € (§ 64 Abs 3 AO) .....	210
6.2.3	Auslagerung wirtschaftlicher Aktivitäten zur Vermeidung einer partiellen Steuerpflicht .....	214
6.2.4	Unzulässige Aufteilung von Körperschaften (§ 64 Abs 4 AO) .....	219
6.2.5	Schätzung des Reingewinns bei Altmaterialverwertung (§ 64 Abs 5 AO) .....	220
6.2.6	Pauschalgewinn von 15 % der Einnahmen bei bestimmten wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben (§ 64 Abs 6 AO) .....	220
6.2.7	Ertragsteuerliche Behandlung des Sponsorings .....	222
6.2.7.1	Allgemeines .....	222
6.2.7.2	Steuerliche Behandlung beim Sponsor .....	222
6.2.7.3	Steuerliche Behandlung beim Empfänger .....	223
6.2.8	Ausgliederung (Outsourcing) steuerpflichtiger und gemeinnütziger Aktivitäten .....	226
6.2.8.1	Vermietung von Räumlichkeiten an eine steuerpflichtige Tochter-GmbH .....	226
6.2.8.2	Einbringung eines wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs in eine steuerpflichtige Tochter-GmbH nach § 20 UmwStG .....	227
6.2.8.3	Übertragung eines steuerfreien Zweckbetriebs auf eine gemeinnützige Tochter-GmbH .....	228
6.2.8.4	Übertragung eines Zweckbetriebs auf eine steuerpflichtige Tochter-GmbH .....	229
6.3	Zweckbetrieb, Begriff (§ 65 AO) .....	230
6.4	Besondere Zweckbetriebe (§§ 66–68 AO) .....	234
6.4.1	Einrichtungen der Wohlfahrtspflege (§ 66 AO) .....	235
6.4.2	Krankenhäuser (§ 67 AO) .....	240
6.4.3	Sportliche Veranstaltungen (§ 67a AO) .....	243
6.4.3.1	Übersicht .....	243
6.4.3.2	Begriff der sportlichen Veranstaltung .....	245
6.4.3.3	Option nach § 67a Abs 2 AO .....	247
6.4.3.4	Gemeinnützigkeitsrechtliche und umsatzsteuerrechtliche Beurteilung von Vereinsaktivitäten im Bereich Sportzentren .....	250
6.4.4	Zweckbetriebe im Sinne des § 68 AO .....	258
6.4.4.1	Altenheime, Kindergärten und ähnliche Einrichtungen (§ 68 Nr 1 AO) .....	259
6.4.4.2	Selbstversorgungseinrichtungen (§ 68 Nr 2 AO) .....	259
6.4.4.3	Werkstätten für behinderte Menschen. Einrichtungen zur Eingliederung von behinderten Menschen und Integrationsprojekte iSd § 132 Abs 1 SGB IX (§ 68 Nr 3 AO) .....	260

6.4.4.4	Einrichtungen zur Durchführung der Fürsorge für Blinde und Körperbehinderte (§ 68 Nr 4 AO) .....	261
6.4.4.5	Einrichtungen der Fürsorgeerziehung und der Erziehungshilfe (§ 68 Nr 5 AO) .....	262
6.4.4.6	Lotterien und Ausspielungen (§ 68 Nr 6 AO) .....	262
6.4.4.7	Kulturelle Einrichtungen und Veranstaltungen (§ 68 Nr 7 AO) .....	263
6.4.4.8	Volkshochschulen und ähnliche Einrichtungen (§ 68 Nr 8 AO) .....	265
6.4.4.9	Auftragsforschung (§ 68 Nr 9 AO) .....	266
6.4.5	ABC der Zweckbetriebe .....	272
7.	<b>Formelles</b> .....	281
7.1	Freistellungsbescheid .....	281
7.2	Übergangsregelung für die vorläufige Bescheinigung .....	283
7.3	Zulässigkeit von Außenprüfungen .....	284
8.	<b>Auslandssachverhalte</b> .....	285
8.1	Beschränkt steuerpflichtige Körperschaften .....	286
8.2	Unmittelbare Zweckverwirklichung im Ausland durch inländische Körperschaften .....	286
8.3	Spendensammelverein (§ 58 Nr 1 AO) zugunsten ausländischer Körperschaften .....	287
8.4	Teilweise Mittelweitergabe (§ 58 Nr 2 AO) an ausländische Körperschaften .....	288
9.	<b>Die gemeinnützige GmbH</b> .....	288
9.1	Gründung .....	288
9.2	Vereinbarkeit der Rechtsform der GmbH mit der Selbstlosigkeit (§ 55 AO) ..	289
9.3	Gesellschaftsvertrag .....	290
9.3.1	Unternehmensgegenstand im Gesellschaftsvertrag und Ausschließlichkeit ..	290
9.3.2	Zustimmungspflichtige Geschäfte im Gesellschaftsvertrag .....	291
9.3.3	Festlegung der Übernahme der Gründungskosten im Gesellschaftsvertrag ..	292
9.3.4	Rücklagenbildung und Gewinnvortrag .....	292
9.3.5	Festlegung von offenen Gewinnausschüttungen an gemeinnützige Anteilseigner im Gesellschaftsvertrag .....	293
9.3.6	Vermögensbindung im Gesellschaftsvertrag .....	293
9.3.6.1	Unzulässigkeit überhöhter Abfindungen an ausscheidende Anteilseigner ..	293
9.3.6.2	Unzulässige Rückzahlung von Kapitalrücklagen .....	294
9.4	Tatsächliche Geschäftsführung .....	294
9.4.1	Abgrenzung der einzelnen Tätigkeitsbereiche und Einkommensermittlung .....	294
9.4.2	Offene und verdeckte Gewinnausschüttungen .....	295
9.4.3	Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln .....	296
9.4.4	Schädlichkeit der gesellschaftsvertraglichen Gewinnthesaurierung einer steuerpflichtigen Tochter-GmbH für die gemeinnützige Mutter-GmbH .....	297
10.	<b>Gemeinnützigkeit von BgA</b> .....	299
10.1	Anforderung an die Satzung (§ 59 AO) .....	299
10.2	Einschaltung eines gemeinnützigen BgA zur »Verdoppelung« der Besteuerungsgrenze .....	301
10.3	Steuerliche Folgen der Gemeinnützigkeit für die öffentliche Hand .....	302
10.3.1	Restriktionen des Gemeinnützigkeitsrechts .....	302
10.3.2	Zusammenfassung steuerpflichtiger Betätigungen bei gemeinnützigen Betrieben gewerblicher Art; Anwendung des § 64 Abs 2 AO .....	303

## Teil II: Ausnahmen von der Körperschaftsteuerbefreiung

1.	<b>Inländische Einkünfte, die dem Steuerabzug ganz oder teilweise unterliegen (§ 5 Abs 2 Nr 1 KStG)</b> .....	305
2.	<b>Beschränkt Steuerpflichtige (§ 5 Abs 2 Nr 2 KStG)</b> .....	306
2.1	Gründe für die Änderung des § 5 Abs 2 Nr 2 KStG .....	306
2.2	Steuerliche Auswirkungen für Veranlagungszeiträume seit 2009 .....	307
2.3	Abzugsfähigkeit von Auslandsspenden .....	307
3	<b>Anwendung des § 38 Abs 2 KStG (§ 5 Abs 2 Nr 3 KStG)</b> .....	309

## Teil III: Umstrukturierungen iSd UmwG und des UmwStG bei nach § 5 Abs 1 Nr 9 KStG steuerbefreiten Körperschaften

1.	<b>Allgemeines</b> .....	311
2.	<b>Verschmelzung gemeinnütziger Körperschaften</b> .....	313
2.1	Gemeinnützige GmbH als übertragender Rechtsträger .....	313
2.1.1	Verschmelzung auf eine Personengesellschaft .....	313
2.1.2	Verschmelzung auf eine natürliche Person .....	316
2.1.3	Verschmelzung auf eine andere steuerpflichtige Körperschaft oder eine nach anderen Vorschriften als § 5 Abs 1 Nr 9 KStG steuerfreie Körperschaft .....	316
2.1.4	Verschmelzung auf eine ebenfalls nach § 5 Abs 1 Nr 9 KStG steuerfreie Körperschaft .....	317
2.1.4.1	Gemeinnützigkeitsrechtliche Problemfelder .....	318
2.1.4.2	Anwendung der §§ 11–13 UmwStG .....	326
2.1.4.3	Anwendung des § 29 KStG .....	331
2.2	Gemeinnützige Genossenschaft als übertragender Rechtsträger .....	331
2.3	Gemeinnütziger eingetragener Verein als übertragender Rechtsträger .....	333
2.3.1	Besonderheiten des UmwG für eingetragene Vereine .....	333
2.3.2	Verschmelzung auf eine Personengesellschaft, eine andere steuerpflichtige Körperschaft oder eine nach anderen Vorschriften als § 5 Abs 1 Nr 9 KStG steuerfreie Körperschaft .....	334
2.3.3	Verschmelzung auf eine ebenfalls nach § 5 Abs 1 Nr 9 KStG steuerfreie Körperschaft .....	334
2.3.3.1	Gemeinnützigkeitsrechtliche Problemfelder .....	335
2.3.3.2	Anwendung der §§ 11–13 UmwStG .....	337
3.	<b>Formwechsel gemeinnütziger Körperschaften</b> .....	339
3.1	Gemeinnützige GmbH als formwechselnder Rechtsträger .....	339
3.1.1	Formwechsel in eine Personengesellschaft oder eine KGaA .....	339
3.1.2	Formwechsel in eine AG oder eine Genossenschaft .....	340
3.2	Gemeinnützige Genossenschaft als formwechselnder Rechtsträger .....	341
3.3	Gemeinnütziger eingetragener Verein als formwechselnder Rechtsträger .....	341
3.4	Körperschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts als formwechselnde Rechtsträger .....	342
4.	<b>Spaltung gemeinnütziger Körperschaften</b> .....	342
4.1	Gemeinnützige GmbH als übertragender Rechtsträger .....	343
4.1.1	Gemeinnützigkeitsrechtliche Beurteilung der Spaltungen .....	343
4.1.1.1	Überblick .....	343
4.1.1.2	Spaltungen auf Personenhandelsgesellschaften .....	350
4.1.1.3	Spaltung auf steuerpflichtige Körperschaften oder nach anderen Vorschriften als § 5 Abs 1 Nr 9 KStG steuerfreie Körperschaften .....	353
4.1.1.4	Spaltung auf ebenfalls nach § 5 Abs 1 Nr 9 KStG steuerfreie Körperschaften .....	354

4.1.2	Umwandlungsteuerrechtliche Behandlung der Spaltungen .....	361
4.1.2.1	Überblick .....	361
4.1.2.2	Anwendung des § 15 UmwStG auf Aufspaltungen und Abspaltungen auf andere Körperschaften .....	361
4.1.2.3	Anwendung der §§ 20–23 UmwStG auf Ausgliederungen auf andere Kapital- gesellschaften .....	366
4.1.2.4	Anwendung des § 24 UmwStG auf Ausgliederungen auf Personengesell- schaften .....	366
4.2	Gemeinnützige Genossenschaft als übertragender Rechtsträger .....	366
4.3	Gemeinnütziger eingetragener Verein als übertragender Rechtsträger .....	367
4.3.1	Besonderheiten des UmwG für eingetragene Vereine .....	367
4.3.2	Gemeinnützigkeitsrechtliche Beurteilung der Spaltungen .....	367
4.3.2.1	Überblick .....	367
4.3.2.2	Spaltungen auf Personenhandelsgesellschaften .....	368
4.3.2.3	Spaltung auf steuerpflichtige Körperschaften oder nach anderen Vorschriften als § 5 Abs 1 Nr 9 KStG steuerfreie Körperschaften .....	368
4.3.2.4	Spaltung auf ebenfalls nach § 5 Abs 1 Nr 9 KStG steuerfreie Körperschaften ..	370
4.3.3	Umwandlungsteuerrechtliche Behandlung der Spaltungen .....	374
4.3.3.1	Anwendung des § 15 UmwStG auf Aufspaltungen und Abspaltungen auf andere Körperschaften .....	374
4.3.3.2	Anwendung der §§ 20–23 UmwStG auf Ausgliederungen auf Kapitalgesell- schaften .....	375
4.4	Gemeinnützige rechtsfähige Stiftung als übertragender Rechtsträger .....	375
4.4.1	Besonderheiten des UmwG für rechtsfähige Stiftungen .....	375
4.4.2	Gemeinnützigkeitsrechtliche Beurteilung der Ausgliederungen .....	376
4.4.3	Umwandlungsteuerrechtliche Beurteilung der Ausgliederungen .....	376
4.5	Gebietskörperschaften mit einem gemeinnützigen Betrieb gewerblicher Art als übertragender Rechtsträger .....	376
4.5.1	Besonderheiten des UmwG für Gebietskörperschaften .....	376
4.5.2	Gemeinnützigkeitsrechtliche Beurteilung der Ausgliederungen .....	377
4.5.2.1	Ausgliederungen auf Personenhandelsgesellschaften .....	377
4.5.2.2	Ausgliederungen auf steuerpflichtige Körperschaften oder nach anderen Vorschriften als § 5 Abs 1 Nr 9 KStG steuerfreie Körperschaften .....	378
4.5.2.3	Ausgliederungen auf ebenfalls nach § 5 Abs 1 Nr 9 KStG steuerfreie Körper- schaften .....	378
4.5.3	Umwandlungsteuerrechtliche Beurteilung der Ausgliederungen .....	378
5.	<b>Einbringung von Betriebsvermögen in eine Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft (§ 20 UmwStG) durch gemeinnützige Körperschaften ...</b>	379
5.1	Gemeinnützige GmbH als Einbringerin .....	381
5.1.1	Gemeinnützigkeitsrechtliche Beurteilung der Einbringung von Betriebsver- mögen .....	381
5.1.1.1	Einbringung eines Betriebs .....	382
5.1.1.2	Einbringung eines Teilbetriebs .....	384
5.1.1.3	Einbringung eines Mitunternehmeranteils .....	384
5.1.1.4	Qualifizierter Anteilstausch (§ 21 Abs 1 S 2 UmwStG) .....	385
5.1.2	Umwandlungssteuerrechtliche Behandlung der Einbringung von Betriebs- vermögen .....	387
5.1.2.1	Anwendung des § 20 UmwStG bei der einbringenden gemeinnützigen GmbH	388
5.1.2.2	Anwendung des § 22 UmwStG bei der einbringenden gemeinnützigen GmbH	390
5.1.2.3	Anwendung des § 23 UmwStG bei der übernehmenden Kapitalge- sellschaft .....	392

5.1.2.4	Exkurs: Veräußerung von Anteilen an einer steuerbegünstigten Kapitalgesellschaft .....	392
5.2	Gemeinnützige Genossenschaft als Einbringerin .....	392
5.3	Gemeinnützige Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen iSd § 1 Abs 1 Nr 4 und 5 KStG als Einbringerin .....	393
5.3.1	Gemeinnützigkeitsrechtliche Beurteilung der Einbringung von Betriebsvermögen .....	393
5.3.2	Umwandlungsteuerrechtliche Beurteilung der Einbringung von Betriebsvermögen .....	393
5.4	Richtige Übertragung von Vermögen auf gemeinnützige Körperschaften – Praktische Vorgehensweise zur Vermeidung steuerlicher Sanktionen .....	394
5.4.1	Allgemeines .....	394
5.4.2	Übertragung Mitunternehmeranteil an einer Personengesellschaft .....	394
5.4.3	Übertragung Kapitalbeteiligung .....	395
5.4.4	Praxisproblem: Erfordernis von Mindestausschüttungen bei Beteiligungen von NPO an einer Kapitalgesellschaft? .....	396
5.4.4.1	Mindestausschüttungen als Streitfrage .....	396
5.4.4.2	Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft als steuerfreie Vermögensverwaltung .....	396
5.4.4.3	Beteiligung an der Kapitalgesellschaft darf nicht Hauptzweck der gemeinnützigen Stiftung sein .....	397
5.4.4.4	Gibt es ein Gebot von Mindestausschüttungen bei Unternehmensbeteiligungen im steuerlichen Gemeinnützigkeitsrecht? .....	397
5.4.5	Übertragung von Mitunternehmeranteilen auf eine gemeinnützige Stiftung als steuerfreie Vermögensverwaltung .....	398
5.4.6	Exkurs: Formwechsel eines e. V. in eine gGmbH .....	399
5.5	Juristische Personen des öffentlichen Rechts mit einem nach § 5 Abs 1 Nr 9 KStG steuerfreien Betrieb gewerblicher Art als Einbringende .....	400
5.5.1	Gemeinnützigkeitsrechtliche Beurteilung der Einbringung von Betriebsvermögen .....	400
5.5.2	Umwandlungsteuerrechtliche Beurteilung der Einbringung von Betriebsvermögen .....	401
5.5.3	Überführung eines steuerbegünstigten Betriebs gewerblicher Art in eine gemeinnützige Kapitalgesellschaft .....	401

**Stichwortverzeichnis**

## Abkürzungs- und Zeitschriftenverzeichnis

A	Österreich
aA	anderer Ansicht
aaO	am angegebenen Ort
AbfG	Abfallbeseitigungsgesetz
AbgeltungSt	Abgeltungsteuer
abl	ablehnend
ABl EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft
Abs	Absatz
Abschn	Abschnitt
Abschr	Abschreibung
abw	abweichende/en/er/es
abz	abzüglich
abzb	abziehbar
A/D/S	Adler/Düring/Schmaltz, Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaften, vgl im Verzeichnis der weiterführenden Kommentare
AdV	Aussetzung der Vollziehung
aE	am Ende
AE	Anteilseigner; Anwendungserlass
AEAO	Anwendungserlass zur AO
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der EU
AEASTG	Grundsätze zur Anwendung des Außensteuergesetzes v 14.05.2004 (BStBl I Sonder-Nr 1/2004)
AIF	Alternative Investmentfonds
AIFM-StAnpG	Gesetz zur Anpassung des Investmentsteuergesetzes und anderer Gesetze an das AIFM-Umsetzungsgesetz
ÄndG	Änderungsgesetz
ÄndR	Änderungsrichtlinien
ÄndVO	Änderungsverordnung
aF	alter Fassung
AfA	Absetzung(en) für Abnutzung
AG	1. Aktiengesellschaft 2. Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AG iA	Aktiengesellschaft im Aufbau
AGP	Arbeitsgemeinschaft der PGH (DDR)
AIFM-StAnpG	AIFM-Steueranpassungsgesetz
AIFM-UmsG	AIFM-Umsetzungsgesetz
AIG	Gesetz über stliche Maßnahmen bei Auslands-Investitionen der deutschen Wirtschaft (Auslandsinvestitionsgesetz)
AK	Anschaffungskosten
AktG	Aktiengesetz
Akt St-Rundschau	Mitteilungsblatt der Abteilung Steuer- und Haushaltspolitik des Bundesverbandes der deutschen Industrie
Alt	Alternative
AMG	Arzneimittelgesetz
AmtshilfeRLUmsG	Gesetz zur Umsetzung der Amtshilferichtlinie sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften
amtl	amtlich
Anh	Anhang

Anl	Anlage
Anm	Anmerkung
ANVerwGrS	Grundsätze für die Prüfung der Einkunftsabgrenzung zwischen international verbundenen Unternehmen in den Fällen der Arbeitnehmerentsendung, BMF-Schreiben vom 09.11.2001 (BStBlI 2001, 796)
AO	Abgabenordnung
AOA	Authorized OECD Approach
AOK	Allgemeine Ortskrankenkasse
AöR	Anstalt öffentlichen Rechts
AP	Ausgleichsposten
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öff-rechtlichen Rundfunkanstalten Deutschlands
Art	Artikel
AR-Vergütung	Aufsichtsratsvergütung
AStG	Gesetz zur Wahrung der stlichen Gleichmäßigkeit bei Ausl-Beziehungen und zur Verbesserung der stlichen Wettbewerbslage bei Ausl-Investitionen
Auff	Auffassung
Aufl	Auflage
Ausl	Ausland
ausl	ausländisch(e, en, er, es)
AuslInvestmG	Gesetz über den Vertrieb ausl Investmentanteile und über die Besteuerung der Erträge aus ausl Investmentanteilen
ausschl	ausschließlich
AV	Anlagevermögen
AVB	Allgemeine Versicherungsbedingungen
AVmG	Altersvermögensgesetz
AWD	Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters (ab 1975 s RIW/AWD)
Az	1. Ausgleichszahlungen 2. Aktenzeichen
B	Belgien
BA	Betriebsausgaben
BaFin	Bundesamt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BAFöG	Bundesgesetz über individuelle Förderung der Ausbildung – Bundesausbildungsförderungsgesetz
BAKred	Bundesamt für das Kreditwesen
BAnz	Bundesanzeiger
Ba-Wü	Baden-Württemberg
Bay	Bayern
BayOLG	Bayerisches Oberlandesgericht
BauGB, BBauG	Baugesetzbuch
BausparkV	Bausparkassen-Verordnung
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
BB, Bdb	Brandenburg
BBergG	Bundesberggesetz
BBK	Buchführung, Bilanz, Kostenrechnung (Zeitschrift)
Bd	Band
BdF	Bundesminister der Finanzen
BDI	Bundesverband der deutschen Industrie
BE	Betriebseinnahmen
BegleitG	Begleitgesetz zum Telekommunikationsgesetz
Begr	Begründung
Beil	Beilage

BeitrA	Beitrittsakte
BeitrRLUmsG	Beitreibungsrichtlinie-Umsetzungsgesetz
Berlin FG	Gesetz zur Förderung der Berliner Wirtschaft (Berlinförderungsgesetz)
BerVersV	Verordnung über die Berichterstattung von Versicherungsunternehmen
Beschl	Beschluss
beschr	beschränkt
Bespr	Besprechung
BeSt	Beratersicht zur Steuerrechtsprechung, Quartalsbeilage zu EFG und HFR
BetrAV	Betriebliche Altersversorgung, ABA, Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung
BetrAVG	Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung
BetrSt	Betriebsstätte
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BeurkG	Beurkundungsgesetz
BewG	Bewertungsgesetz
BfF	Bundesamt für Finanzen (jetzt: BZSt)
BFH	Bundesfinanzhof
BFH/NV	Sammlung amtlich nicht veröffentlichter Entscheidungen des BFH (Zeitschrift)
BFHE	Sammlung der Entscheidungen und Gutachten des BFH (Zeitschrift)
BFH-Pr	Entscheidungen des BFH für die Praxis der Steuerberatung (Zeitschrift)
BFuP	Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis (Zeitschrift)
BgA	Betrieb gewerblicher Art
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHE	s BGHZ
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen (Zeitschrift)
BHG	Bäuerliche Handelsgenossenschaft (DDR)
BHKW	Blockheizkraftwerk
BHO	Bundeshaushaltsordnung
Bil	Bilanz
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BilRuG	Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz
BiRiLiG	Gesetz zur Durchführung der 4., 7. und 8. Richtlinie des Rates der EG zur Koordinierung des Gesellschaftsrechts – Bilanzrichtliniengesetz –
Bln	Berlin
Blümich	Blümich, Kommentar zum EStG, KStG, GewStG und Nebengesetzen
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMF-FN	Fachnachrichten des Bundesministeriums der Finanzen
BMG	Bemessungsgrundlage
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BMWF	Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen
BNotG	Bundesnotargesetz
BNotO	Bundesnotarordnung
BörsG	Börsengesetz
Bp	Betriebsprüfung
Bp-Kartei	Betriebsprüfungskartei der OFD'en Düsseldorf, Köln und Münster, Rechtsverlag GmbH, Düsseldorf
BR, B-Rat	Bundesrat
B-Rat-Drs, BR-Drs	Bundesrats-Drucksache
BRE	Beitragsrückerstattung

Bre	Bremen
B-Reg	Bundesregierung
B-Rep	Bundesrepublik Deutschland
BsGAV	Betriebsstätten-Gewinnaufteilungs-VO
Bsp	Beispiel
BSpkG	Gesetz über Bausparkassen
BStBl	Bundessteuerblatt
BT	Bundestag
BT-Drs	Bundestags-Drucksache
BuB	1. Buchführung und Bilanz (Zeitschrift) 2. Bankrecht und Bankpraxis (Zeitschrift)
Buchst	Buchstabe
BUrlG	Bundesurlaubsgesetz
BÜ	Beitragsübertrag
BV	Betriebsvermögen
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (Zeitschrift)
BVerfGG	Gesetz über das Bundesverfassungsgericht
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BvS	Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben
Bw	Buchwert
bzgl	bezüglich
BZSt	Bundeszentralamt für Steuern (vorher: BfF)
bzw	beziehungsweise
CH	Schweiz
Clearstream	Clearstream Banking AG (Deutsche Wertpapiersammelbank)
Corp	Corporation
CPM	Comparable profits method
CUTM	Comparable Uncontrolled Transaction Method
D	Deutschland
Darst	Darstellung
DAX	Deutscher Aktienindex
DB	1. Durchführungsbestimmung 2. Der Betrieb (Zeitschrift)
DBA	Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
Ddf	Düsseldorf
DDR-IG	DDR-Investitionsgesetz v 26.06.1990 (BGBl I 1990, 1143, BStBl I 1990, 311)
DDR-Spezial	Zeitschrift; ab 1994: D-Spezial
DeckRV	Verordnung über die Rechnungsgrundlagen für die Deckungsrückstellungen (Deckungsrückstellungsverordnung)
DepotG	Gesetz über die Verwahrung und Anschaffung von Wertpapieren
ders	derselbe
dies	dieselbe
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag
Diss	Dissertation
dh	das heißt
dJ	des Jahres
DK	Der Konzern (Zeitschrift)
DMBG	DM-Eröffnungsbilanzgesetz idF v 28.07.1994 (BGBl I 1994, 1843)

DMBilErgG	Gesetz über die Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark und die Kapitalneufestsetzung (D-Markbilanzgesetz) 1990
DMBilG	Gesetz über die Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark
DNotZ	Deutsche Notarzeitschrift
Doppelbuchst	Doppelbuchstabe
DöV	Die öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
D-Spezial	Deutschland-Ost; Zeitschrift (vorher: DDR-Spezial)
DR	Deckungsrückstellung
Drs	Drucksache
DRSC	Dt. Rechnungslegungsstandards Committee e. V.
DStJG	Jahrbuch der Deutschen Steuerjuristischen Gesellschaft
DStPr	Deutsche Steuerpraxis (Zeitschrift)
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
DStRE	Deutsches Steuerrecht-Entscheidungssammlung (Zeitschrift)
DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung (Zeitschrift)
DStZ/E (DStZ/B)	Deutsche Steuer-Zeitung Eildienst (Ausgabe B) (Zeitschrift); ab 1990: s StEd
dt	deutsch/e/en/er/es
DTB	Deutsche Terminbörse
DtZ	Deutsch-deutsche Rechts-Zeitschrift (Beil zur NJW)
DV	Durchführungsverordnung
EUR	Euro
E	Entwurf
EAG	Europäische Atomgemeinschaft
EAGV	EAG-Vertrag
EAV	Ergebnisabführungsvertrag, s GAV
EBV-Bay	Eigenbetriebsverordnung (Bay) mit Änderungen
EBVO	Eigenbetriebsverordnung
ECU	Europaen Currency Unit (Europ Währungseinheit)
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EEAO	Einführungserlass zur AO
EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte (Zeitschrift)
EG	1. Europäische Gemeinschaft 2. Einzelgesellschaft 3. Einführungsgesetz
EG AktG	Einführungsgesetz zum Aktiengesetz
EG-Amtshilfe- AnpassungsG	Gesetz zur Anpassung der Vorschriften über die Amtshilfe im Bereich der EU sowie zur Umsetzung der Richtlinie 2003/49/EG des Rates vom 03.06.2003 über eine gemeinsame St-Regelung für Zahlungen von Zinsen und Lizenzgebühren zwischen verbundenen Unternehmen verschiedener Mitgliedstaaten
EGAO	Einführungsgesetz zur AO
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGKSV	EGKS-Vertrag
eGen	Eingetragene Genossenschaft
eGenmbH	Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung
eGenmuH	Eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung
EG-HGB	Einführungsgesetz zum HGB
EG-KStRG	Einführungsgesetz zum Körperschaftsteuerreformgesetz v 06.09.1976 (BGBl I 1976, 2641; BStBl I 1976, 476)
EGV	EG-Vertrag

EhrenamtsstärkungsG	Ehrenamtsstärkungsgesetz
EHZ	Erhebungszeitraum
EigAnVO-Rh-Pf	Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung (RP) v 05.10.1999 (GVBl 1999, 373), mit Änderungen
EigBGes-Hes	Eigenbetriebsgesetz (Hes) v 09.06.1989 (GVBl I 1989, 154), mit Änderungen
EigVO-NRW	Eigenbetriebsverordnung (NRW) v 16.11.2004 (GV NRW 2004, 644), mit Änderungen
Einf	Einführung
Einf-Erl	Einführungserlass
Einf-Schr	Einführungsschreiben
eingeschr	eingeschränkt
Eink	Einkünfte
Eink aus Gew	Einkünfte aus Gewerbebetrieb
Eink aus selbst Arbeit	Einkünfte aus selbständiger Arbeit
Eink aus KapV	Einkünfte aus Kapitalvermögen
Eink aus L + F	Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft
Eink aus V + V	Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung
einschl	einschließlich
EK	Eigenkapital
EK 56, EK 50, EK 45,	mit 56 %, 50 %, 45 % KSt belasteter Teilbetrag des verwendbaren Eigenkapitals
EK 40, EK 36, EK 30	mit 40 %, 36 %, 30 % KSt belasteter Teilbetrag des verwendbaren Eigenkapitals
EK 01, 02, 03, 04	nicht mit KSt belasteter Teilbetrag des verwendbaren Eigenkapitals
ELG	Einkaufs- und Liefergenossenschaft (DDR)
Entsch	Entscheidung
entspr	entsprechend(e, en, er, es), entspricht, entsprechen
Entw	Entwurf
EntwLStG	Gesetz über stliche Maßnahmen zur Förderung von privaten Kap-Anlagen in Entwicklungsländern (Entwicklungsländer-Steuer-gesetz)
EnWG	Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung
ErbSt	Erbschaftsteuer
ErbStG	Erbschaftsteuergesetz
ErbStR	Erbschaftsteuerrichtlinien
Erg-Abg	Ergänzungsabgabe
Erg-Bil	Ergänzungsbilanz
Erg-Lfg	Ergänzungslieferung
Erl	1. Erlass 2. Erläuterung
ErtrSt	Ertragsteuer/n
E/S	Erle/Sauter, Kommentar zum KStG
ESt	Einkommensteuer
EStB	Der Ertragsteuer-Berater (Zeitschrift)
EStDV	Einkommensteuer-Durchführungsverordnung
EStG	Einkommensteuergesetz
EStH	Einkommensteuer-Handbuch
estpfl	einkommensteuerpflichtig
EStR	Einkommensteuer-Richtlinien
EU	Europäische Union
EuG	Europäisches Gericht
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGHE	Slg der Entscheidungen des EuGH
EU JTPF	EU Joint Transfer Pricing Forum (EU Verrechnungspreisforum)
EuJur	Europäische Zeitschrift für Recht, Wirtschaft und Steuern

EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft
EUREX	European Exchange (Terminbörse)
EURLUmsG	Gesetz zur Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales Steuerrecht und zur Änderung weiterer Vorschriften v 09.12.2004 (BGBl I 2004, 3310)
EU-VO	EU-Verordnung
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
eV	eingetragener Verein
evtl	eventuell
EWBV	Einheitswert des BV
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	EWG-Vertrag
EWG-VO	EWG-Verordnung
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	a) Europäisches Währungssystem b) Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht (Zeitschrift)
E&Y	Ernst & Young, Kommentar zum KStG
EZ	Erhebungszeitraum
F	1. Fach 2. Frankreich
F&E	Forschung und Entwicklung
ff	fortfolgende
FA	Finanzamt
Fach-Lit	Fachliteratur
F/D	Frotscher/Drüen (vormals: Frotscher/Maas), Kommentar zum KStG, GewStG und UmwStG
Ffm	Frankfurt/Main
FG	Finanzgericht
FGO	Finanzgerichtsordnung
Fifo	First in, first out
Fin-Aussch	Finanzausschuss des Deutschen Bundestags
Fin-Beh	Finanzbehörde
FinDAG	Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
Fin-Min	Finanzministerium
Fin-Sen	Finanzsenator
Fin-Verw	Finanzverwaltung
FK	Fremdkapital
FKPG	Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms v 23.06.1993 (BGBl I 1993, 944, BStBl I 1993, 510)
F/M (inzwischen F/D)	Frotscher/Maas, Kommentar zum KStG, GewStG und UmwStG
FMStFG	Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz
Fn	Fußnote
FN BMF	Fachnachrichten des Bundesministeriums der Finanzen
FN IDW	Fachnachrichten des Instituts der Wirtschaftsprüfer, Düsseldorf
FördG	Gesetz über Sonderabschreibungen und Abzugsbeträge im Fördergebiet idFd Bekanntmachung v 23.09.1993 (BGBl I 1993, 1654)
FR	Finanz-Rundschau (Zeitschrift)
FRL	Fusionsrichtlinie
frw	freiwillig
FS	Festschrift
FSt	Institut für Finanzen und Steuern, Bonn

fst kompakt	finanzen.steuern kompakt (Zeitschrift)
FStR	Fachanwälte für Steuerrecht
FusRL	Fusionsrichtlinie
FusV	Fusionsvertrag (EG, 1965)
F/W/B/S	Flick/Wassermeyer/Baumhoff/Schönfeld, Kommentar zum ASt-Recht
GA	Gewinnausschüttung
GAufzVO	Gewinnaufzeichnungsverordnung
GAV	Gewinnabführungsvertrag; s EAV
GB	Großbritannien
GB BAV	Geschäftsbericht des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen
GBI	Gesetzblatt der DDR
GbR, GdbR	Gesellschaft des bürgerlichen Rechts
GdE	Gesamtbetrag der Einkünfte
GDV	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft eV
gem	gemäß
GemHVO-Hess	Gemeinde-Haushaltsverordnung (Hess)
GemHVO-Rh-Pf	Gemeinde-Haushaltsverordnung (RP)
GemO-NRW	Gemeindeordnung (NRW)
GemO-Rh-Pf	Gemeindeordnung (RP)
gen	genossenschaftlich
GenG	Gesetz betr die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften
ges	gesetzlich/e
Ges-Begr	Gesetzesbegründung
Ges-GF	Gesellschafter-Geschäftsführer
GesR	Gesellschaftsrecht
GesSt	Gesellschaftsteuer
Gew	Gewerbebetrieb
gew	gewerblich
GewSt	Gewerbesteuer
GewStDV	Gewerbesteuer-Durchführungsverordnung
GewStG	Gewerbsteuergesetz
GewStR	Gewerbesteuer-Richtlinien
GF	Geschäftsführer
GG	Grundgesetz
ggf	gegebenenfalls
gGmbH	gemeinnützige GmbH
ggü	gegenüber
G/H/E/K	Geßler/Hefermehl/Eckardt/Kropff, Kommentar zum AktG
glA	gleicher Ansicht
GM	Großmuttergesellschaft
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betr die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbH iA	GmbH im Aufbau
GmbHR	GmbH-Rundschau (Zeitschrift)
GmbH-Rep	GmbH-Report (Sonderteil der Zeitschrift »GmbHR«)
GmbH-StB	GmbH-Steuerberater (Zeitschrift)
GmbH-Stpr	GmbH-Steuerpraxis (Zeitschrift)
GoB	Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung
Gosch	Gosch, Kommentar zum KStG
GPÜ	Übereinkommen über das Patent für den Gemeinsamen Markt
Gr	Gruppe

grds	grundsätzlich
GrEst	Grunderwerbsteuer
GrEstG	Grunderwerbsteuergesetz
GrS	Großer Senat des BFH
GStB	Gestaltende Steuerberatung (Zeitschrift)
G + V-Rechnung	Gewinn- und Verlustrechnung
GVBl	Gesetz- und Verordnungsblatt
gW	gemeiner Wert
hA	herrschende Auffassung
HBeglG	Haushaltsbegleitgesetz
Hbg, HH	Hamburg
H-Bil, HB	Handelsbilanz
Hdb	Handbuch
HdU	Handbuch der Unternehmensbesteuerung
He	Hessen
Hess FG	Hessisches Finanzgericht
HFA	Hauptfachausschuss (des Instituts der Wirtschaftsprüfer)
HFR	Höchstrichterliche Finanzrechtsprechung (Zeitschrift)
HGB	Handelsgesetzbuch
HGO	Hessische Gemeindeordnung
H/H/R	Herrmann/Heuer/Raupach, Kommentar zum EStG, KStG und GewStG
H/H/S	Hübschmann/Hepp/Spitaler, Kommentar zur AO
Hinw	Hinweis
HK	Herstellungskosten
hL	herrschende Lehre
H/M	Haritz/Menner, Kommentar zum UmwStG
hM	herrschende Meinung
HR	Handelsrecht
H-Reg	Handelsregister
HRG	Hochschulrahmengesetz
hr-lich	handelsrechtlich
Hrsg	Herausgeber
Hs	Halbsatz
HSO	Haufe Steuer Office
2. HStruktG	Zweites Haushaltstrukturgesetz v 22.12.1981 (BGBl I 1981, 1523, BStBl I 1982, 235)
HV	Hauptversammlung
HWO	Handwerksordnung
IAS	International Accounting Standards
idF	in der Fassung
idR	in der Regel
idS	in dem Sinn, in diesem Sinn
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland eV, Düsseldorf
IDW-FN	IDW-Fachnachrichten (Zeitschrift)
iE	ihres Erachtens
IFRS	International Financial Reporting Standards
iHd	in Höhe der (des)
iHv	in Höhe von
Inc	Incorporated
INF	Die Information über Steuer und Wirtschaft (Zeitschrift)

inkl	inklusive
Inl	Inland
inl	inländisch(e, er, es)
insbes	insbesondere
insges	insgesamt
InvAbgabe	Investitionshilfeabgabe
InvHG	Investitionshilfegesetz
InvStG	Investmentsteuergesetz
InvZul	Investitionszulage
InvZulG	Investitionszulagengesetz
iR/iRd/iRe/iRv	im Rahmen/des/einer/von
IRC	Internal Revenue Act
iS	im Sinne
iSd	im Sinne des
ISR	Internationale Steuer-Rundschau (Zeitschrift)
IStr	Internationales Steuerrecht (Zeitschrift)
iSv	im Sinne von
iVm	in Verbindung mit
IWB	Internationale Wirtschaftsbriefe (Zeitschrift)
iwS	im weiteren Sinne
JA	Juristische Arbeitsblätter
JbfFSt/JbFSTR	Jahrbuch der Fachanwälte für Steuerrecht
JM	Juris Monatszeitschrift
JöR	Jahrbuch des öff Rechts der Gegenwart
JStErgG 1996	Gesetz zur Ergänzung des JStG 1996 und anderer Gesetze v 18.12.1995 (BGBl I 1995, 1959, BStBl I 1995, 786)
JStG	Jahressteuergesetz
jur Pers d öff Rechts	juristische Person des öff Rechts
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
KAE	1. Konzessionsabgabenanordnung 2. Anordnung über die Zulässigkeit von Konzessionsabgaben der Unternehmen und Betriebe zur Versorgung mit Elektrizität, Gas und Wasser an Gemeinden und Gemeindeverbände – Konzessionsabgabenordnung
KAG	Kapitalanlagegesellschaft
KAGB	Kapitalanlage-Gesetzbuch
KAGG	Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften (jetzt: InvStG)
KalV	Kalkulationsverordnung
Kap	Kapitel; Kapital
KapErhG	Gesetz über die Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln und über die Verschmelzung von Gesellschaften mit beschränkter Haftung
KapErhStG	Gesetz über strechtliche Maßnahmen bei Erhöhung des Nennkapitals aus Gesellschaftsmitteln
Kap-Erhöhung	Kapitalerhöhung
Kap-Ertrag	Kapitalertrag
Kap-Ges	Kapitalgesellschaft
Kap-Herabsetzung	Kapitalherabsetzung
KapSt, KapEst	Kapitalertragsteuer
KapV	Kapitalvermögen

KAV	1. Konzessionsabgabenverordnung 2. Verordnung über Konzessionsabgaben für Strom und Gas – Konzessionsabgabenverordnung
Kdst	Kommanditist
KFR	Kommentierte Finanzrechtsprechung (Zeitschrift)
Kfz	Kraftfahrzeug
KG	Kommanditgesellschaft
KGA	Kreditgewinnabgabe
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
Kj	Kalenderjahr
Kö	Körperschaft
Kö d öff Rechts	Körperschaft des öffentlichen Rechts
KohleG	Gesetz zur Anpassung und Gesundung des deutschen Steinkohlenbergbaus und der deutschen Steinkohlenbergbaugebiete
KOM	Kommission (EU)
Komm	Kommentar(e)
KonTraG	Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich
koord	koordiniert(er)
KöR	Körperschaft des öff Rechts
Korb II-Gesetz	Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum StVergAbG v 22.12.2003 (BGBl I 2003, 2840)
KÖSDI	Kölner Steuerdialog (Zeitschrift)
Kpl	Komplementär
KraftTarifVO	Tarifverordnung für die Kraftfahrzeugversicherung
krit	kritisch
Kroatien-StAnpG	Gesetz zur Anpassung des nationalen Steuerrechts an den Beitritt Kroatiens zur EU und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften
KrW-/AbfG	Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen – Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz
K/S/M	Kirchhof/Söhn/Mellinghoff, Kommentar zum EStG
KSt	Körperschaftsteuer
KStDV	Körperschaftsteuer-Durchführungsverordnung
KStG	Körperschaftsteuergesetz
kstlich	körperschaftsteuerlich
KStpfl	Körperschaftsteuerpflichtige(r)
kstpfl	körperschaftsteuerpflichtig
KSt-Pflicht	Körperschaftsteuerpflicht
KStR	Körperschaftsteuer-Richtlinien
KStRef	Körperschaftsteuer-Reform
KStRG, KStRefG	Körperschaftsteuerreformgesetz v 31.08.1976 (BGBl I 1976, 2597; BStBl I 1976, 445)
KSt-RL	Körperschaftsteuer-Referatsleiter
KStZ	Kommunale Steuerzeitschrift
Kto	Konto
KUV	Kostenumlageverfahren (Kostenumlagen nach dem Poolkonzept)
KVStG	Kapitalverkehrsteuergesetz
KWG	Gesetz über das Kreditwesen
LAG	Gesetz über den Lastenausgleich
LandwAnpG	Landwirtschaftsanpassungsgesetz (DDR)
LBO	Leveraged Buy-Out

L/B/P	Littmann/Bitz/Pust, Kommentar zum EStG
L + F	Land- und Forstwirtschaft
LFA	Landesfinanzamt
lfd	laufend/e/en/er/es
LfSt	Landesamt für Steuern
Lifo	Last in first out
Lit	Literatur
Lj	Lebensjahr
LLC	Limited Liability Companies
LLP	Limited Liability Partnership
LP	Limited Partnership
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (DDR)
Ls	Leitsatz
LSt	Landesamt für Steuern
LSW	Lexikon des Steuer- und Wirtschaftsrechts (Loseblattwerk)
lt	laut
Ltd	Private Company Limited by Shares, Limited
LVU	Lebensversicherungsunternehmen
LwAnpG	s LandwAnpG
LZB	Landeszentralbank
maW	mit anderen Worten
MDBA	Muster-Doppelbesteuerungsabkommen
MDK	Medizinischer Dienst der Krankenversicherung
MDR	Monatszeitschrift für Deutsches Recht
MDS	Medizinischer Dienst der Spitzenverbände der Krankenkassen
MG	Muttergesellschaft
MinBlFin	Ministerialblatt des Bundesministers der Finanzen
mind	mindestens
MLI	Multilaterales Instrument
ModEnG	Gesetz zur Förderung der Modernisierung von Wohnungen
MoMiG	Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen
MoRaKG	Gesetz zur Modernisierung der Rahmenbedingungen für Kapitalbeteiligungen v. 12.08.2008 (BGBl I 2008, 1672)
MT-RiLi	Mutter-Tochter-Richtlinie
MU	Mitunternehmer
MU-Schaft	Mitunternehmerschaft
Mü-Kom	Münchener Kommentar
MV, Me-Vop	Mecklenburg-Vorpommern
mwHinw	mit weiteren Hinweisen
mwNachw	mit weiteren Nachweisen
nabzb	nicht abziehbar
nabzf	nicht abzugsfähig
Nbg	Nürnberg
Nds	Niedersachsen
nF	neuer Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NL	Niederlande
Nr	Nummer
nrkr	nicht rechtskräftig

NRW, NW	Nordrhein-Westfalen
NSt	Neues Steuerrecht von A bis Z (Zeitschrift)
nv	nicht veröffentlicht
NWB	Neue Wirtschafts-Briefe (Zeitschrift)
NZB	Nichtzulassungsbeschwerde
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
oa	oben angegeben
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OECD-GL	Verrechnungspreisleitlinien (Guidelines) der OECD
OECD-GL 1995	OECD-Verrechnungspreisrichtlinien (Guidelines) 1995
OECD-GL 2010	OECD-Verrechnungspreisrichtlinien (Guidelines) 2010
OECD-MA	OECD-Musterabkommen
OECD-MK	OECD-Musterkommentar
OFD	Oberfinanzdirektion
öff	öffentlich
OFH	Oberster Finanzgerichtshof für die Bizone (amerikanische und englische Besatzungszone), München
OG	Organgesellschaft
oGA	offene Gewinnausschüttung
OGAW	Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren
OHG	Offene Handelsgesellschaft
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
OT	Organträger
OTC	Over the counter
oV	ohne Verfasser
OVG	Oberverwaltungsgericht
PartG	Parteiengesetz
PartGG	Gesetz über Partnerschaftsgesellschaften Angehöriger Freier Berufe
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
pers	persönlich
Pers d öff Rechts	Person des öffentlichen Rechts
Pers-Ges	Personengesellschaft
Pers-Vereinigung	Personenvereinigung
PflegeVG	Gesetz zur sozialen Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit (Pflege-Versicherungsgesetz)
PGH	Produktionsgenossenschaft des Handwerks (DDR)
phG	persönlich haftender Gesellschafter
PLC	Public Limited Company
PIStB	Praxis Internationale Steuerberatung (Zeitschrift)
PostNeuOG	Postneuordnungsgesetz
PostPersRG	Postpersonalrechtsgesetz
PrHBG	Gesetz zur Beseitigung von Hemmnissen bei der Privatisierung von Unternehmen und zur Förderung von Investitionen
PV	Privatvermögen
PwF	Produktionsgenossenschaft werktätiger Fischer (DDR)
PwP	Produktionsgenossenschaft werktätiger Pelztierzüchter (DDR)
PwZ	Produktionsgenossenschaft werktätiger Zierfischzüchter (DDR)
Quellen-St	Quellensteuer

R, RL	Richtlinie
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RAP	Rechnungsabgrenzungsposten
Rb	Rechtsbehelf
RdF	1. Reichsminister der Finanzen 2. Recht der Finanzinstrumente
Rd-Schr	Rundschreiben
Rd-Vfg	Rundverfügung
RdW	Rechtsspiegel der Wirtschaft; bei neueren Zitaten: Rechtsarchiv der Wirtschaft
RechVersV	Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen
Ref-Entw	Referentenentwurf
Reg	Register
Reg-Entw	Regierungsentwurf
REIT	Real Estate Investment Trust
REITG	Gesetz zur Schaffung deutscher Immobilien-AG mit börsennotierten Anteilen
RentenRefG	Rentenreformgesetz
Rev	Revision
rev	revisibel
RfB	Rückstellung für Beitragsrückerstattung
RfDV	Rückstellung für drohende Verluste
RFH	Reichsfinanzhof
RG	Reichsgericht
RHG	Reichsheimstättengesetz
R/H/N	Rödder/Herlinghaus/Neumann, Kommentar zum KStG
Rh-Pf, RP	Rheinland-Pfalz
R/H/vL	Rödder/Herlinghaus/van Lishaut, Kommentar zum UmwStG
RIW/AWD	Recht der internationalen Wirtschaft (Zeitschrift)
Rj	Rechnungsjahr
rkr	rechtskräftig
Rn	Randnummer
RNOtZ	Rheinische Notarzeitung
RöV	Verordnung über den Schutz vor Schäden durch Röntgenstrahlen – Röntgenverordnung
RRVU	Richtlinien für die Aufstellung des zu veröffentlichenden Rechnungsabschlusses von Versicherungsunternehmen
RS	Rechtspruch
Rspr	Rechtsprechung
RStBl	Reichssteuerblatt
Rumpf-Wj	Rumpfwirtschaftsjahr
RVO	Reichsversicherungsordnung
RVOrgG	Gesetz zur Organisationsreform in der gesetzlichen Rentenversicherung
RWP	Rechts- und Wirtschaftspraxis (Zeitschrift)
Rz	Randziffer
s	siehe
S	Seite, Satz
Sa, Saar	Saarland, Saarländisches
SA	Sonderausgaben
Sächs FG	Sächsisches Finanzgericht
SCE	Europäische Genossenschaft

SCE-VO	SCE-Verordnung; VO (EG) Nr 2157/2001 v 08.10.2001 (ABl L 291/1)
SchenkSt	Schenkungssteuer
Sch/F	Schnitger/Fehrenbacher, Kommentar zum KStG
SchlH, S-H	Schleswig-Holstein
Schr	Schreiben
SchR	Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle (Schadenrückstellung)
SchwGes	Schwestergesellschaft
Schw-Pers-Ges	Schwesterpersonengesellschaft
SchwR	Schwankungsrückstellung
SDr	Sonderdruck
SE	Societas Europaea, Europ Aktiengesellschaft
sE	seines Erachtens
Sen f Fin	Senator bzw Senatsverwaltung für Finanzen
SEStEG	Gesetz über steuerliche Begleitmaßnahmen zur Einführung der Europäischen Gesellschaft und zur Änderung weiterer steuerrechtlicher Vorschriften v 07.12.2006 (BStBl I 2007, 4)
SE-VO	SE-Verordnung; VO (EG) Nr 1435/2003 v 22.07.2003 (ABl L 207/1)
SGF	Gesetz zur Fortführung des Solidarpakts, zur Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs und zur Abwicklung des Fonds »Deutsche Einheit« (Solidarpaktfortführungsgesetz)
SGB	Sozialgesetzbuch
S/H/S	Schmitt/Hörtnagl/Stratz, Kommentar zum UmwG und UmwStG
Slg	Sammlung der Entscheidungen und Gutachten des RFH bzw des BFH
Sn	Sachsen
SnA	Sachsen-Anhalt
s o	siehe oben
SoFFin	Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung
sog	sogenannte/r/n/s
SoLZ	Solidaritätszuschlag
SoLZG 1995	Solidaritätszuschlagsgesetz 1995
Sonder-BV	Sonderbetriebsvermögen
So-Nr	Sondernummer
Sp	Spalte
SpTrUG	Gesetz über die Spaltung der von der Treuhandanstalt verwalteten Unternehmen
St	Steuer
St-Abzug	Steuerabzug
St-Abzugsverfahren	Steuerabzugsverfahren
StädtebauFördG	Gesetz über städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in den Gemeinden
StAL	Steuerabteilungsleiter
StandOG	Standortsicherungsgesetz v 13.09.1993 (BGBl I 1993, 1569, BStBl I 1993, 774)
StÄndG	Steueränderungsgesetz
St-Anrechnung	Steueranrechnung
StAnz	Staatsanzeiger
StAusKV	VO zur Durchführung von § 89 Abs 2 der AO v 30.11.2007 (BGBl I 2007, 2783)
StB	Der Steuerberater (Zeitschrift)
StBAG	Steuerbeamtenausbildungsgesetz
stbar	steuerbar
St-barkeit	Steuerbarkeit
StBefreiung	Steuerbefreiung